



Zukunft Heimat?

Zur Symbiose von AfD und rassistischen Straßenprotesten

Am 3. März hat der Parteikonvent der Alternative für Deutschland – eine Art kleiner Parteitag – entschieden, den seit 2016 geltenden Unvereinbarkeitsbeschluss mit Pegida aufzuheben. Eigentlich spiegelt das Votum lediglich die ohnehin gängige Praxis der Partei wider. Die AfD und die rassistischen Straßenproteste sind eng miteinander verbunden.

Von Toni Peters

Trotzdem liegt in dieser nun parteioffiziellen Pegida-Unbedenklichkeitserklärung einige Symbolkraft. So kann der offen extrem rechte Flügel der AfD seine innerparteiliche Dominanz unterstreichen und weiter ausbauen. Zudem zeigt der Beschluss, dass die AfD spätestens jetzt zu einer Bewegungspartei geworden ist, die sich mindestens mittelfristig auf eine Rolle als parlamentarisches Pendant zu den Straßenprotesten selbst verpflichtet hat. Sogar eine Kooperation mit dem vorbestraften Pegida-Promi LUTZ BACHMANN ist nun möglich. Bereits vor der Bundestagswahl 2017 war dies absehbar, entschieden war es da jedoch noch nicht. Eigentlich bräuchte die AfD nämlich PEGIDA und all die anderen »Bürgerinitiativen« nicht mehr unbedingt.

Sie könnte sich auf ihre parlamentarische Arbeit beschränken und die »Merkel-muss-weg«-Schreihäule auf der Straße sich selbst überlassen. Auch hinsichtlich der quantitativ seit Mitte 2016 rückläufigen rassistischen Straßenaktionen ließen sich seitens der AfD Argumente finden, die offenbar schwächer gewordenen Proteste aus ihren Kalkulationen zu streichen.

Dem ist jedoch nicht so. Die Bekenntnisse der extrem rechten AfD-Funktionäre zu den Protesten ist immer ernst gemeint gewesen. BJÖRN HÖCKE als kultisch verehrte Leitfigur hat dies immer wieder vorgetragen. PEGIDA war ihm schon lange eine »Vorfeldorganisation«, der man dankbar sein müsse. Als »fundamentaloppositionelle Bewegungs-

partei« brauche die nun im Bundestag vertretene AfD die Straßenbasis als kritischen Wächter, um einer Domestizierung im parlamentarischen Alltag vorzubeugen. Auch der Rückzug des sachsen-anhaltinischen Parteivorsitzenden ANDRÉ POGGENBURG, der den Pro-Pegida-Beschluss angeregt hatte, darf nicht als Abkehr vom Rechtskurs interpretiert werden. Vieles deutet darauf hin, dass Poggenburgs rassistische Aschermittwochsrede nur als Vorwand diene, um den für Vetternwirtschaft und Cholerik bekannten Politiker zu schassen.

Also – Bewegungspartei. So wie vor Urzeiten die SPD als Partei der Arbeiter*innenbewegung fungierte oder die Grünen der Ökologie-Bewegung, tritt nun die AfD als Partei der aktuellen extrem rechten sozialen Bewegung auf, die sich um die Ablehnung von Flüchtlingen und Islam aufgestellt hat. Mit diesen Hauptthemen wird eine dahinterliegende radikal antiliberalen und genauso radikale nationalistische Agenda vorangebracht, die bei weitem nicht nur »Linke« oder »Multikulti« angreift, sondern die Eliten und das ganze republikanische System aus den Angeln heben will. Alle, die in diesem Sinne ein Interesse an rassistischen Eskalationen und Zuspitzungen haben, können sich auf die Unterstützung der AfD verlassen. Die für die extrem rechte Bewegung relevanten Publikationen überschlugen sich geradezu mit wohlwollenden und unterstützenden Berichterstattungen. Vor allem die COMPACT, ZUERST und PI-NEWS begrüßten die erneuten Proteste sowie die Annäherung der AfD.

Beispiel Kandel

In der pfälzischen Kleinstadt wurde Ende Dezember 2017 ein minderjähriges Mädchen durch ihren Ex-Freund, einen jungen afghanischen Geflüchteten, ermordet. Seither wird der Ort mit einer Demonstrationenkampagne überzogen. Anfang März marschierten rund 2.500 Rechte durch den Ort. Die meisten reisten von auswärts an – »besorgte BürgerInnen« und ReichsbürgerInnen, Neonazis von DER DRITTE WEG,

dazu Hooligans, Pegida-Fans und AfD-Basis. Die Rede ist bereits von einem »Kandel-Effekt«, gemeint ist damit die Möglichkeit, die aus ihren ostdeutschen Hochburgen bekannten Großdemonstratio-

“ Alle, die in diesem Sinne ein Interesse an rassistischen Eskalationen und Zuspitzungen haben, können sich auf die Unterstützung der AfD verlassen. ”

nen endlich auch in Westdeutschland zu verankern. Als Organisation hinter den Protesten tritt die Initiative KANDEL IST ÜBERALL auf, die versucht, sich als »vernünftige« Verteidigerin von Frauen, Müttern und Kindern gegen »Flüchtlingsgewalt« zu präsentieren. Involviert bei KANDEL IST ÜBERALL ist etwa CHRISTINA BAUM, AfD-Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg. Die AfD stellt in Kandel ihre Infrastruktur der rechten Mobilisierung zur Verfügung. Mit der Parole »Danke Kandel« feierten AfD-Verbände die Demoerfolge.

Beispiel Berlin

Die Ex-Muslima LEYLA BILGE, Tochter kurdischer Geflüchteter, nennt sich im Internet selbstbewusst wahlweise »Frauen-«, »Menschen-« oder »Kinderrechtlerin«. Im Februar rief das AfD-Mitglied zu einem »Marsch der Frauen«¹ im Stadtteil Kreuzberg auf. Gegen die ihrer Meinung nach »importierte« Gewalt an Frauen wolle sie protestieren. Es gelte darum, gegen Flüchtlinge und Einwanderung zu marschieren. Dem Aufruf folgten etwa 1.200 Menschen, ein gutes Drittel war weiblich. Dabei waren AfD-Fans und -Mitglieder, Pegida-Anhang, Neonazis, Identitäre, rechte Hooligans, Biker und so weiter und so fort. Auf dem Fronttransparent stand »Kandel ist überall«, um die Vernetzung des »Widerstandes« zu unterstreichen. Das Redepult wurde vom neonazistischen BÜRGERBÜNDNIS HAVELLAND beige-steuert. Bei der Demonstration ging es selbstverständlich auch darum, einmal durch das verhasste Kreuzberg zu laufen mit dem Kalkül, dem erwartbaren Gegenprotest schon irgendwie vorwerfen zu kön-

nen, frauenfeindlich zu sein. Die Gegenproteste richteten sich jedoch gegen die rassistische Vereinnahmung von Frauenrechten und erreichten durch Blockaden einen vorzeitigen Abbruch der Demonstration. Das zum Anlass nehmend sprang die AfD auf parlamentarischer Ebene bei und setzte wenige Tage später im Bundestag eine Aktuelle Stunde zum Thema »Demonstrationsrechte von Frauen stärken« durch. Die Demokratie in Deutschland habe

durch die antirassistischen Proteste in Kreuzberg »schweren Schaden erlitten«, fabulierte etwa der AfD-Abgeordnete KARSTEN HILSE. Am Tag darauf initiierte die Berliner AfD im Abgeordnetenhaus ebenfalls eine Aktuelle Stunde. Sitzblockaden seien grundsätzlich Straftaten, insistierten AfD-Abgeordnete wütend und kontrafaktisch. Dass sich die AfD parlamentarisch so für die extrem rechten Demonstration einsetzt, zeigt, dass die Partei auch auf dieser Ebene gewillt ist, das Demovolk als parteinahes Kernmilieu anzuerkennen und zu pflegen.

Beispiel Cottbus

Die südbrandenburgische Stadt ist seit Mitte 2017 Schauplatz einer politischen Kampagne von ZUKUNFT HEIMAT. Im Spree-wald, wo ZUKUNFT HEIMAT entstand, richtete dieser Verein ab 2015 etliche Demonstrationen aus. In Cottbus wurde dieses Szenario 2017 in größerem Maßstab wiederholt. ZUKUNFT HEIMAT demonstrierte alle zwei Wochen gegen Geflüchtete. Reden durften fast immer AfD-Funktionäre, aber auch viele andere, die den neuen extrem rechten Bewegungsorganisationen angehören, etwa von EIN PROZENT oder den Identitären. Auf die Straße gingen neben »besorgten BürgerInnen« fast alle, die der extremen Rechten der Region verbunden sind – ein Treffen der Generationen, das von unauffälligen Leuten im Großelternalter über Musiker der lokalen Nazirock-Urgesteine FRONTALKRAFT bis hin zu blutjungen rechten Fußballfans reichte. Der brandenburgische Wahlkampfabschluss der AfD zur Bundestagswahl wurde am gleichen Ort und

Wochentagabend wie die Zukunft-Heimat-Veranstaltungen ausgerichtet. Über 500 Leute kamen zur Kundgebung. Das Konzept ging auf. Cottbus ist jetzt nicht mehr nur der Ort mit den meisten rassistischen Gewalttaten Brandenburgs, sondern auch die AfD-Hochburg des Bundeslandes. In der Stadt wurde die Partei bei den Bundestagswahlen im September 2017 stärkste politische Kraft.

Im Januar 2018 gab es zwei Vorfälle in Cottbus, an denen junge Geflüchtete beteiligt waren, die jeweils Messer zogen, wobei eine Person verletzt wurde. ZUKUNFT HEIMAT rief daraufhin zu neuen Demonstrationen auf, diesmal kamen teilweise über 2.000 Menschen. Die Medien waren voll mit Berichten und Reportagen über den »Brennpunkt Cottbus«, über »Konflikte zwischen Deutschen und Flüchtlingen«. Cottbus wurde zudem bundespolitisch Thema. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hielt es für opportun, Repräsentant*innen der Stadt zu sich einzuladen und sah dafür vorrangig nicht etwa Sozialarbeit oder Flüchtlingshilfe für auskunftsfähig, sondern holte sich lieber unter anderem den Geschäftsführer der Cottbuser Industrie- und Handelskammer ins Schloss Bellevue. In der Presse wurde indes bevorzugt die Selbstverständlichkeit vermerkt und stellenweise moniert, dass Steinmeier darauf verzichtete, die Einpeitscher von ZUKUNFT HEIMAT einzuladen. Der Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB) fühlte sich genötigt, einen »Dialog« der Konfliktparteien zu organisieren. Der

Zukunft-Heimat-Chef im Verbund mit der lokalen AfD-Vorsitzenden durfte sich live im Fernsehen vor dem politischen und sozialen Establishment der Stadt inszenieren, vertreten durch die

aus Cottbus stammende Brandenburger Wissenschaftsministerin, den Präsidenten der Cottbuser Universität und die SPD-Baubürgermeisterin. In aktuellen Umfragen rangiert die AfD in Cottbus bei 29 Prozent und ist die mit Abstand stärkste poli-

“ Die unversöhnlichen Kampfansagen, die die AfD den demokratischen Institutionen ohne Unterlass macht, werden immer noch nicht als solche angenommen. ”

tische Kraft in der Stadt. Der Schulterchluss mit der Straße zahlte sich auch hier für die Partei aus.

(Un-)Verständnis im Umgang mit der AfD

Die warnenden Stimmen, die auf den Einfluss und die Präsenz von extrem Rechten und Neonazis bei den Cottbuser Demonstrationen hinweisen, sind medial zwar wahrnehmbar aber nicht kräftig genug. Die AfD geht offen und ausdrücklich ein Bündnis mit Initiativen ein, zu denen neonazistische Kräfte gehören. Neonazis zu integrieren sei eine »temporäre Resozialisierung des rechten Rands«, ließ sich der Zukunft-Heimat-Vorsitzende kürzlich zitieren. Eine öffentliche Empörung darüber blieb aus. Im Gegenteil: Der Präsident der

Cottbuser Universität will laut einer RBB-Meldung ein weiteres Diskussionsforum mit allen Beteiligten organisieren. Nicht völlig überraschend haben AfD und ZUKUNFT HEIMAT bereits zugesagt.

Auf die kommunikativen Fallen der AfD, auf die Lamenten über »Sorgen in der Bevölkerung« und über »Probleme mit Flüchtlingen«, über die man nicht reden dürfe, lassen sich viel zu viele Menschen und Institutionen ein. Die unversöhnlichen Kampfansagen, die

Neuer Anstrich

Den aufmerksamen Leser*innen unseres Rundbriefes wird es nicht entgangen sein. Nachdem zuletzt bereits unsere Homepages neu gestaltet worden sind, hat nun auch der monitor zur 80. Ausgabe ein neues und vor allem farbiges Layout verpasst bekommen. Mit dem Papier werden wir wohl noch etwas experimentieren. Darüber hinaus bleibt aber alles beim Alten: Wie gewohnt

werden auch zukünftig zwei Hauptartikel, eine Rezension, Kurzmeldungen und unsere Kategorie »Neu im Archiv« im monitor zu finden sein. Neben den Analysen und Berichten stellen wir auch regelmäßig unsere eigene Arbeit vor. Die archivalischen Bestände (Archiv en detail) wachsen weiter, und wir sind auch sonst fleißig am publizieren oder auch kuratieren. Neugierig geworden? Dann blättert doch mal zwei Seiten weiter...

die AfD den demokratischen Institutionen ohne Unterlass macht, werden immer noch nicht als solche angenommen, sondern weiterhin als »Kritik« verbucht, die man wahrzunehmen, ernstzunehmen und zu bearbeiten habe. Die weiterhin hohen Umfragewerte für die AfD hängen auch mit dem gegenwärtigen politischen Elend zusammen, das sich in der neuen Großen Koalition versinnbildlicht. Sie sind aber auch Ergebnis der Bewegungspolitik der AfD und werden von Partei und Bewegung genauso interpretiert: Wenn wir zusammenhalten, dann geht es immer weiter aufwärts. Je lauter und radikaler wir uns äußern, desto schneller geht man auf uns ein, lädt uns ein, erfüllt unsere Forderungen. Bewegungsnahe Stimmen, die Mäßigung der Sprache und der Mittel fordern - und sei es nur aus taktischen Gründen - sind selten und haben es schwer, gehört zu werden. In der JUNGEN FREIHEIT postulierte KARLHEINZ WEISSMANN kürzlich, dass die »Extraktoren« und die »Neigung, aus der Reihe zu tanzen« ein Ende haben müssten, wenn die AfD tatsächlich eine »Volkspartei neuen Typs« werden sollte. Damit gemeint haben dürfte er auch die teils schrille Demonstrationspolitik, explizit erwähnt ist sie in dem Meinungsstück jedoch nicht.

Wie dem auch sei: In den Diskussionen um politische Strategien gegen die AfD wird der Bewegungscharakter der rassistischen Proteste Berücksichtigung finden müssen. •

1 Eine Auswertung zum sogenannten Frauenmarsch findet sich auf unserem Blog rechtsausen.berlin.



Gekommen um zu sabotieren

»Wir müssen herausfinden, wie wir auf kommunaler Ebene sabotieren können«, forderte Hans-Thomas Tillschneider, Vertreter der Patriotischen Plattform der AfD jüngst zur Rolle von Kommunalpolitik für seine Partei. Um eine konstruktive Zusammenarbeit zur Lösung lokaler Problemlagen geht es Tillschneider offensichtlich nicht. Neben den zahlreichen Mandaten in Landtagen und im Bundestag ist die AfD auch in vielen kommunalen Gremien präsent und gestaltet (oder sabotiert) damit Politik direkt vor Ort.

von Felix Hansen

Nach apabiz-Recherchen besetzt die AfD rund 1.280 kommunale Mandate. Dazu kommen etwa weitere 230 Personen, die zwar für die AfD gewählt wurden, mittlerweile jedoch ausgetreten sind oder den LIBERAL-KONSERVATIVEN REFORMERN (LKR) von BERND LUCKE bzw. DEN BLAUEN VON FRAUKE PETRY angehören. Für die Recherche wurden bundesweit Kommunalmandate von (extrem) rechten Parteien und Listen ausgewertet. Gezählt wurden nicht nur die Mandate der AfD, sondern auch von NPD, REPUBLIKANERN, der sogenannten PRO-BEWEGUNG und weiteren Listen und Parteien, die wir zur (extremen) Rechten zählen, oder die Bezüge zu dieser haben. Dazu gehören Kleinstparteien und Listen, die oft nur auf der kommunalen Ebene aktiv sind, aber auch das Spektrum der christlich-fundamentalistischen Parteien. Die gesamte Recherche ist auf unserem Online-Atlas Rechtes Land zu finden.

Insgesamt zählen wir rund 2.355 (extrem) rechte Mandate in kommunalen Gremien. Diese Zahl erscheint auf den ersten Blick hoch, muss aber in Relation zur Vielzahl kommunaler Mandate insgesamt gesehen werden. Neben den 401 Landkreisen haben 11.000 Städte und Gemeinden eigene Gremien. Die Struktur und damit die Anzahl der zu vergebenden Mandate unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. Einen Hinweis auf die Größenordnung gibt das Land Niedersachsen, wo nach Auskunft der Landeswahlleiterin alleine 29.000 Mandate ver-

geben werden. Geschätzt sitzen bundesweit mehrere hunderttausend Menschen in kommunalen Gremien. Nicht alle Landeswahlleitungen sind für die Auswertung von Kommunalwahlen verantwortlich und erheben eigene Zahlen.

Nun liegt erstmals ein detaillierter bundesweiter Überblick über (extrem) rechte Mandate in kommunalen Gremien vor. Die Herausforderung der Recherche

“ Die Analyse zeigt, wie rechte Strukturen teils mit einer über Jahre hohen Beständigkeit lokal verankert sind. ”

lag dabei in der Beschaffung der Daten, da diese größtenteils direkt bei den Kommunen in mühsamer Kleinstarbeit gesammelt werden mussten. Zahlen der Landeswahlämter zu Kommunalmandaten gibt es nur vereinzelt, bundesweite Statistiken existieren gar nicht. Diese Leerstelle zeigt sich auch in den Reaktionen, die das apabiz auf die Veröffentlichung erhalten hat. Dabei war eine häufige Frage, ob wir auch Auskunft über die allgemeinen Zahlen zu kommunalen Mandaten oder zu anderen Parteien geben könnten. Diese Frage lässt sich ohne weitere Recherchen schlicht nicht beantworten.

Die Recherche zeigt, wie rechte Strukturen teils mit einer über Jahre hohen Beständigkeit verankert sind. Darüber hinaus gerät ein Spektrum in den Fokus, das oft unterschätzt wird, für die Bildung und Beständigkeit rechter Strukturen aber enorm wichtig ist. Die lokale Verankerung zeigte sich in den letzten Jahren beson-

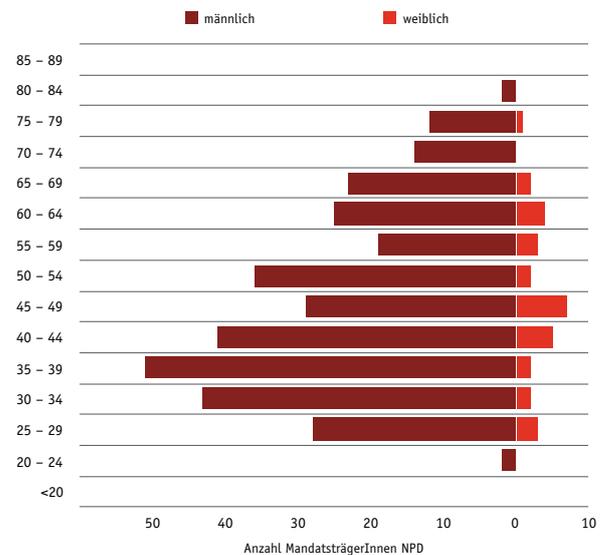
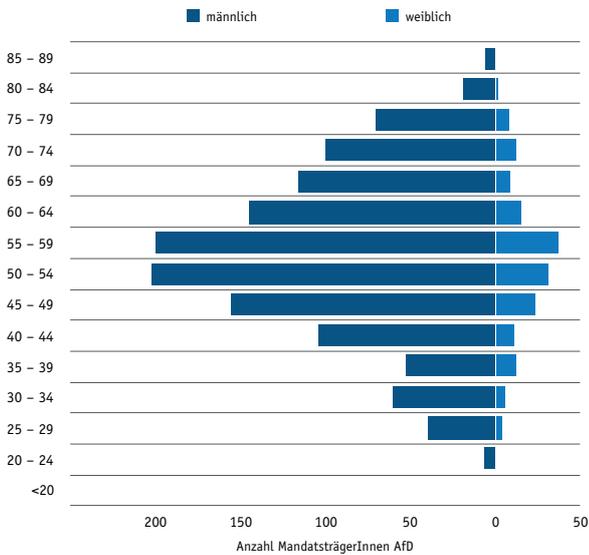
ders bei der Beteiligung von lokalen PolitikerInnen bei rassistischen Mobilisierungen. Um diese Überschneidungen tiefer zu untersuchen, wären weitere Analysen und Recherchen angebracht.

Die Auswertung ermöglicht einen detaillierten Blick in die Altersstruktur und das Geschlechterverhältnis. Der Anteil von Mandatsträgerinnen liegt bei den untersuchten Parteien AfD (inkl. Abspaltungen), NPD und REPs durchgängig bei rund zehn Prozent. Ausnahmen stellen die christlich-fundamentalistischen Parteien sowie die PRO-BEWEGUNG dar, hier wird etwa jedes vierte Mandat von einer Frau besetzt. Dieses Ungleichgewicht zieht sich zwar durch alle Parlamente in Deutschland, ist bei den (extrem) rechten Parteien und Listen jedoch stärker ausgeprägt. Statistiken über das Geschlechterverhältnis aller Parteien in Parlamenten gibt es nur vereinzelt. Wo es sie gibt, zeigen sich aber ähnliche Werte. Beispielsweise werden nach offiziellen Zahlen aus Hessen und Baden-Württemberg in den dortigen Kommunalvertretungen etwa 20 bis 25 Prozent der Mandate von Frauen besetzt.

Die Auswertung der Altersstruktur zeigt Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der AfD ist die größte Alterskohorte bei den 50 bis 59-Jährigen zu finden. Die aktivistisch geprägte NPD schickt hingegen deutlich jüngere Personen in die Parlamente. Hier liegt der Schwerpunkt bei den 30 bis 44-Jährigen.

In Anbetracht der bundesweiten Entwicklung kann davon ausgegangen werden, dass die AfD zunehmend mehr Mandate gewinnen wird, während andere der analysierten Parteien und Listen mitunter seit Jahren an Relevanz verlieren. Obwohl die Republikaner auf Bundes- und Landesebene keine Rolle mehr spielen, besetzt

Die Auswertung der Altersstruktur zeigt Unterschiede zwischen den Parteien (links AfD, rechts NPD).



die Partei im Süden und Westen Deutschlands noch fast 80 Kommunalmandate. Die NPD hat trotz diverser Wahlniederlagen noch 340 Mandate inne. Ihr Schwerpunkt liegt im Osten, doch auch in fast allen West-Bundesländern gewinnt die Partei regelmäßig Sitze. Oft wird übersehen, wie fest die NPD auch in einzelnen Kommunen im Westen verankert ist. Ein Beispiel ist Mittelhessen. Dort stellt die Partei in den Stadtverordnetenversammlungen von Büdingen vier MandatsträgerInnen (10 Prozent der Stimmen), in Wetzlar fünf und in Leun drei (11 Prozent). Allerdings fällt auf: In allen Kommunen trat die AfD nicht zu den Wahlen an. In der niedersächsischen Gemeinde Süplingen sitzt ein und derselbe Vertreter der NPD mit kurzen Ausnahmen seit 50 Jahren im Rat der Gemeinde und erreichte dort 16 Prozent der Stimmen – um den der Partei zustehenden zweiten Sitz zu besetzen gab es keineN KandidatIn.

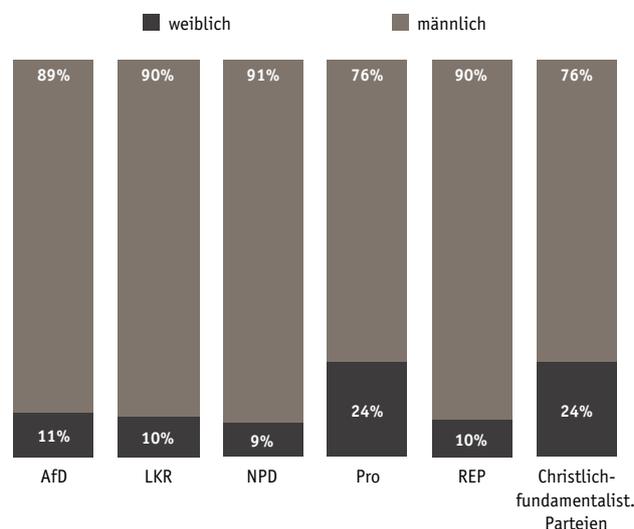
Bei ihren derzeitigen Wahlerfolgen kämpft die AfD mit dem Problem, nicht alle ihr zustehenden Mandate besetzen zu können. Zur Zeit sind bundesweit über 50 Mandate der Partei unbesetzt, da nicht genügend geeignete KandidatInnen zur Verfügung stehen. Für die AfD wird es nun darauf ankommen, den errungenen Wahlerfolg in dauerhafte Strukturen umzusetzen. Dabei setzt sie auch auf offene Listen, um

Personen aus dem Umfeld der Partei eine Kandidatur zu ermöglichen.

Auch wenn sich der Anteil der (extrem) rechten Mandate rein zahlenmäßig in der Gesamtzahl von mehreren hunderttausend Mandaten relativiert und schätzungsweise lediglich bei einem halben bis einem Prozent liegt, dürfen das Potential und die Möglichkeiten einer lokalen Verankerung nicht unterschätzt werden. Über die Etablierung der lokalen Verankerung verfolgen die Parteien eine Doppelstrategie aus sachpolitischer Normalisierung und ideologischer Provokation. Dazu dient ihre Präsenz vor Ort, wo sie sich oftmals als »Kümmere« verkaufen. Bei der AfD wird die nötige Infrastruktur dafür auch durch die Landtags- und Bun-

destagsabgeordneten bereitgestellt: Vierterorts werden derzeit Bürgerbüros eröffnet. Letztlich wird die Kommunalpolitik insbesondere durch (extrem) rechte Akteure jedoch oft nur als Sprungbrett zum Erreichen der Landesparlamente und des Bundestags gesehen.

All dies stellt die lokale Auseinandersetzung mit (extrem) rechten Parteien vor eine neue Herausforderung. Bei der Betrachtung der realpolitischen Positionen der AfD darf die ideologische Agenda nicht vergessen werden und muss Gradmesser für die Auseinandersetzung mit der Partei bleiben. Bis Ende 2019 stehen in zwölf Bundesländern Kommunalwahlen an und nahezu überall gilt: Wo die AfD antritt, zieht sie auch in die Parlamente ein. •



Der Anteil an Mandatsträgerinnen ist bei allen gezählten Parteien und Listen sehr gering.





Antonia von der Behrens (Hrsg.): **Kein Schlusswort. Nazi-Terror - Sicherheitsbehörden - Unterstützernetzwerk. Plädoyers im NSU-Prozess.** VSA-Verlag, Hamburg 2018. 328 Seiten. 19,80 €

Trotz einiger Störversuche und einer längeren Unterbrechung, die durch Verteidiger*innen verursacht wurden, hielten die Nebenkläger*innen und ihre Vertreter*innen im NSU-Prozess kürzlich ihre Plädoyers. Dass ihre Schlussvorträge, so der Begriff für Plädoyers im Gesetz, für viele Betroffene keine Schlussworte sein sollten, sondern Auftakt für die dringend notwendige weitere Aufklärung, wurde immer wieder deutlich. Einige Nebenklage-Plädoyers sind der Öffentlichkeit daher von der Nebenklage auch online oder gedruckt zugänglich gemacht worden.

Eine besondere Rolle nehmen dabei zwölf Plädoyers ein, die »als Gegenerzählung zum staatlichen Narrativ« gemeinsam konzipiert wurden und inhaltlich aufeinander aufbauen. Diese Plädoyers sind nun gesammelt im Hamburger VSA-Verlag erschienen. In ihrer instruktiven Einleitung benennt Rechtsanwältin Anna Luczak das Ziel dieser ebenso umfangreichen wie poin-

Kein Schlusswort, sondern Gegenerzählung

von Sebastian Schneider (NSU-Watch)

tierten Gegenerzählung: »Die Nebenkläger*innen und ihre Vertreter*innen, deren Texte in diesem Buch versammelt sind, haben sich im Laufe des Verfahrens eng zusammengeschlossen. Die Nebenkläger*innen wollten, dass in diesem ersten und bis heute einzigen Gerichtsverfahren zum NSU-Komplex gemeinsam mit der Feststellung der persönlichen Schuld der Angeklagten auch das Netzwerk des NSU, die Kenntnisse der Verfassungsschutzbehörden und die strukturell rassistisch geführten Ermittlungen aufgeklärt werden. Die Vertreter*innen der Nebenkläger*innen eint dieser Auftrag ihrer Mandant*innen sowie ihr eigener, in diesem Zusammenhang notwendig politischer Anspruch an ihre Arbeit.«

Der von Nebenklagevertreterin Antonia von der Behrens herausgegebene Band umfasst die bewegenden und kämpferischen Plädoyers der Nebenkläger*innen Elif Kubaşık, Gamze Kubaşık, Arif S. und Muhammet Ayazgün sowie die Plädoyers von acht Anwält*innen. Wolfgang Kaleck, Generalsekretär des *European Center für Constitutional und Human Rights* in Berlin, stellt in seinem Vorwort richtig fest: »Sowohl bei der Zurückweisung von Verschwörungstheorien bei gleichzeitigem Aufrechterhalten der Forderungen nach umfassender Aufklärung wie politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung wird uns die Veröffentlichung der Plädoyers einer Gruppe von Nebenklägeranwält*innen im vorliegenden Band helfen.«

Zur Gruppe der Nebenklagevertreter*innen, deren Plädoyers in »Kein Schlusswort« versammelt sind, gehörte auch die Münchner Anwältin und Antifaschistin Angelika Lex, die am 9. Dezember 2015 verstarb und das Ende des Prozesses nicht mehr erleben konnte. In jedem der Plädoyers ihrer Kolleg*innen wird Lex zitiert und ihre Arbeit gewürdigt. Darüber hinaus enthält der Sammelband eine Rede, die sie auf

einer großen antifaschistischen Demonstration zu Prozessbeginn hielt. Dort beendete sie ihre Rede mit den Worten: »Denn auf dieses Gericht alleine wollen wir uns nicht verlassen, denn einen Vertrauensvorschuss für diesen Rechtsstaat, dass er dieses dunkle Jahrzehnt alleine aufarbeitet, den gibt es von uns nicht!« Ein Satz, der auch nach fast fünf Jahren NSU-Prozess nichts von seiner Gültigkeit eingebüßt hat.

»Kein Schlusswort« ist eines der bisher wenigen echten Standardwerke zum NSU-Komplex. Anwältin von der Behrens schloss ihr Plädoyer mit den Worten: »Das hiesige Verfahren hat also nicht die nötige Aufklärung erbracht. Dieser Umstand ist zu kritisieren, aber nicht überraschend. Die Machtverhältnisse zwischen unseren Mandanten und uns auf der einen und den Sicherheitsbehörden auf der anderen Seite sind zu ungleich. Die Aufklärung von Verbrechen mit staatlicher Verstrickung braucht Jahrzehnte, wenn sie denn jemals gelingt. Sie braucht eine aktive, die Geschädigten und die Forderung nach Aufklärung nicht vergessende Öffentlichkeit, sich diesen verpflichtet fühlende Parlamentarier, Journalisten und Anwälte. Sie braucht Whistle Blower aus dem System oder das Aufbrechen von Interessengegensätzen im Sicherheitsapparat, die Leaks von relevanten Informationen zur Folge haben. Die Forderung nach Aufklärung darf mit dem Ende dieses Verfahrens nicht verstummen und sich von den der Staatsräson geschuldeten Widrigkeiten nicht beirren lassen.« Soviel ist bereits jetzt klar: Eine aktive, die Betroffenen und die Forderung nach Aufklärung nicht vergessende Öffentlichkeit, kommt an diesem Sammelband nicht vorbei. •

Dies ist eine gekürzte Fassung einer Rezension, die zuerst auf nsu-watch.info erschienen ist.

Ausstellung geplant

Berlin • Gemeinsam mit dem Aktiven Museum arbeiten wir momentan an einer Ausstellung zur extremen Rechten in Berlin seit den 1950er Jahren. Anhand verschiedener Ereignisse, Epochen und Aktionsfelder sollen das Wirken extrem rechter Akteure, aber auch die Reaktionen von Staat und Zivilgesellschaft nachgezeichnet werden. Dabei schöpfen wir natürlich auch aus den unendlichen Tiefen unseres Bestands. Der Großteil der Basisfinanzierung ist bereits gesichert. Um aber auch noch ein paar technische Features realisieren zu können, wird es demnächst ein Crowdfunding geben – das dann fleißig beworben werden darf. Die Ausstellung soll an verschiedenen Orten in Berlin gezeigt werden.

Combat 18 in Griechenland ausgehoben

Griechenland • Anfang März durchsuchte die Polizei die Wohnungen von Mitgliedern der Gruppierung COMBAT 18 (C18) HELLAS und nahm sieben Personen fest. Ihnen wird laut Anklageschrift neben 30 Anschlägen zwischen 2014 und 2017 (darunter Brandanschläge gegen linke Zentren und Schändungen jüdischer Gedenkstätten) die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Die Gruppe steht in

enger Verbindung zu den offen agierenden ANENTAXTOI MAIANDRIOI ETHNIKISTES (AME; etwa: Nonkonforme Mäander Nationalisten). Beide werden in der Anklage als organisatorische Einheit bezeichnet. Auf Webseiten der AME sind Videos und Bekennungen von Anschlägen weiterhin online. Trotz des militanten Agierens tauchen AME öffentlich bei Demonstrationen auf, so auch jüngst bei den nationalistischen Aufmärschen zum Mazedonien-Streit. Ob die griechische C18-Gruppe ein Bestandteil des europäischen Netzwerkes unter britischer Führung ist, wie in der Presse spekuliert wurde, ist noch unklar.

Klares Urteil im Freital-Verfahren

Dresden • Anfang März verhängte das Dresdener Oberlandesgericht hohe Haftstrafen gegen acht Mitglieder der GRUPPE FREITAL. Den sieben Männern und einer Frau wurde eine Serie von Sprengstoffanschlägen auf Geflüchtete und politische Gegner*innen in Freital sowie Dresden zur Last gelegt. Binnen kurzer Zeit hatte sich die Gruppe 2015 in einer rassistisch aufgeheizten Stimmung radikalisiert. Mit zehn sowie neuneinhalb Jahren Gefängnis für die zwei Rädelführer folgte das Gericht der Bundesanwaltschaft. Das Urteil u.a. wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und

versuchten Mordes ist noch nicht rechtskräftig. Sechs Verurteilte haben bereits Revision angekündigt. Derweil haben viele Geflüchtete Freital mittlerweile verlassen. Ein Kommunalpolitiker, dessen Auto von der Gruppe gesprengt worden war, ebenfalls.

Terroristische Europäische Aktion?

Schweiz/Österreich/Deutschland • Der frühere »Landesleiter Schweiz« der im letzten Jahr angeblich aufgelösten EUROPÄISCHEN AKTION (EA) steht unter Verdacht, ein Netzwerk terroristischer Zellen aufgebaut zu haben. Wie Anfang März die Schweizer Zeitung Blick berichtete, gehe aus »vertraulichen Justiz-Akten« hervor, dass der in Birsfelden (CH) lebende Österreicher Hans B. (76) zwischen 2014 und 2016 »konkrete Schritte« zum Aufbau einer »europäischen Befreiungsarmee« unternommen habe. Seine Kontakte führen auch nach Deutschland, wo zuletzt im Juni 2017 in Thüringen und Niedersachsen eine Razzia gegen Mitglieder der EA wegen der Durchführung illegaler bewaffneter Lager durchgeführt worden war. Der Mann sitzt bereits seit Dezember 2016 in Wien in Haft.

Kulturkampf und Gewissen

Neues Buch über die »Lebensschutz«-Bewegung

Die »Lebensschutz«-Bewegung versucht den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu erschweren. Auch vom Aufschwung der Rechten kann sie profitieren. Sie tritt zunehmend selbstbewusst auf und kommt verstärkt zu Aufmerksamkeit. Gleichzeitig steht erstmals seit vielen Jahren eine Gesetzesänderung des Paragraphen 219a und damit auch des Paragraphen 218 in Aussicht. Zu diesem Thema ist Anfang März »Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der »Lebensschutz«-Bewegung« im Verbrecher-Verlag erschienen. In dem Buch betrachten die apabiz-Autor*innen Eike Sanders und Ulli Jentsch sowie die freie Journalistin Kirsten Achtelik die unterschiedlichen Argumente der »Lebensschutz«-Bewegung, ihren Versuch der Retraditionalisie-

rung der Geschlechter- und Familienverhältnisse, die christliche Moral, das ärztliche Gewissen und die unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Bewegung. Wenn ihr zum Buch und zum Thema auf dem Laufenden bleiben wollt, auch über Lesungen und andere Veranstaltungen, schaut auf facebook.com/kulturkampf.gewissen. Für Veranstaltungsanfragen wendet euch bitte an mail@apabiz.de.



• **Robert Claus: Hooligans. Eine Welt zwischen Fußball, Gewalt und Politik, Verlag die Werkstatt, Göttingen 2017.**

Der Autor beschreibt diesen wiedererstarkenden Teil der Fußballfans als zutiefst geprägt von einem reaktionärem Männlichkeitsideal und Dominanzdenken. Die Ausübung von Gewalt dient hier der eigenen Identitätsbildung. Überschneidungen zu extrem rechter Ideologie sind offensichtlich. Das Buch beleuchtet neben einem geschichtlichen Abriss aktuelle Entwicklungen wie die zunehmende Hinorientierung der Szene zum Kampfsport, vor allem im Bereich Mixed-Martial-Arts. Auch Verbindungen ins Rockermilieu werden thematisiert. Es wird deutlich: Die Szene professionalisiert und vernetzt sich zusehends – auch international. Abschließend stellt Claus verschiedene Ansätze der Präventionsarbeit im Fußball vor. Allen Aktiven, die sich für einen diskriminierungsfreien Sport einsetzen, ist das Buch zu empfehlen. *(kb)*

• **Cynthia Miller-Idriss: The Extreme Gone Mainstream – Commercialization and the far right youth culture in Germany, Princeton University Press, USA 2017.**

Die New Yorker Professorin Cynthia Miller-Idriss analysiert die Modernisierung und Kommerzialisierung extrem rechten Lifestyles in Deutschland als Teil einer radikalen Transformation extrem rechter Jugendkultur. Sie zeigt auf, wie rassistische, antisemitische und nationalistische Ressentiments über Anspielungen, Codierungen und Chiffren teils subtil Einzug gehalten haben in den ökonomisch-kulturellen Mainstream. Für ihre wissenschaftliche Arbeit hat Miller-Idriss unter anderem Interviews mit rechten deutschen Jugendlichen geführt sowie umfassend in den Beständen des apabiz recherchiert. Die lesenswerte Arbeit ist bisher nur in englischer Sprache erhältlich. *(fm)*

• **Christoph Schulze: Etikettenschwindel. Die Autonomen Nationalisten zwischen Pop und Antimoderne, Tectum Verlag, Baden-Baden 2017.**

Die Autonomen Nationalisten (AN) seien »ihrer Charakter und ihrer Funktion nach ein Stil, ein Operationsmodus, der es ermöglicht, Brücken zwischen »Bewegung« und Jugendszenen zu schlagen«. Dem Autor geht es bei der Betrachtung der AN weniger um Ideologiekritik, sondern um extrem rechte Aneignungsprozesse von Stilelementen jugendlicher Subkulturen. Anhand diverser Primärquellen aus den Jahren 2003 bis 2014 wird die »kulturelle Pluralisierung« der Neonaziszene unter die Lupe genommen und die Bedeutung von Musik, Popkultur und Ästhetik herausgearbeitet. Allen Leser*innen, die sich für Neonazismus und Jugendkulturen interessieren, sei das Buch wärmstens empfohlen. Der umfangreiche Text wird durch kleinformatische Abbildungen ergänzt. *(vh)*

• **Fight Back #6, Berlin 2018.**

Anfang des Jahres ist die neue - inzwischen sechste - Ausgabe der Antifa-Recherche-Broschüre »Fight Back« erschienen. Seit 2001 berichtet die Publikation detailliert über Berliner und Brandenburger extreme Rechte, ihre Strukturen und Aktivitäten. Auf 100 Seiten werden knapp 900 Neonazis, RassistInnen und AntisemitInnen benannt, die Parteien NPD, DER III. WEG und AfD vorgestellt und umfangreich über die Läden, Treffpunkte und Aktionen berichtet. Interessant sind außerdem die Schwerpunktartikel zu Kampfsport, RechtsRock, Tattooläden und Bruderschaften. Die Zusammenstellung von Anschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte zeigt deutlich, wie dringend notwendig antifaschistische Intervention ist und bleibt. Das Heft ist ein absolutes Must-Have für Antifaschist*innen und Engagierte. *(sb)*

In dieser Rubrik geben wir einen kurzen Überblick über neue Bücher, Broschüren und andere Medien, die im Archiv ab sofort verfügbar sind.

Fördermitglied werden

Wer Fördermitglied des apabiz wird, bekommt mindestens 4 mal jährlich unseren Rundbrief monitor kostenlos zugeschickt.

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro), dafür erhaltet Ihr den monitor und ab und an weitere Broschüren, könnt euch Bücher ausleihen und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

Um Fördermitglied zu werden, genügt eine Mail.

Das Info-Paket vom apabiz

Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz kommen möchten, gibt es unser Infopaket:

- 5 Exemplare des monitor (4-5 Ausgaben jährlich)
- ein Exemplar aller neuen Publikationen des apabiz (Broschüren, Dossiers etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

für 75 Euro im Jahr!

Wer darüber hinaus noch mehr Ausgaben des monitor zum Auslegen benötigt, kann diese gegen Porto kostenfrei nachbestellen.

monitor - rundbrief des apabiz

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach absprache
v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00

bank für sozialwirtschaft

☎ 0 30 . 6 11 62 49 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de